



Agil sein

Technische Neuerungen verändern immer auch Arbeitsabläufe. Beschäftigte in Unternehmen der Informationstechnologie organisieren letztere in wachsendem Maße selbst. Aus Vorgaben wird innerer Druck. Von Marcus Schwarzbach

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 21. FEBRUAR 2017 · NR. 44 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Kriegslobby

Münchner Sicherheitskonferenz:

2 »Der Westen vergewissert sich, wie toll er ist.« Ein Interview

Resignation

Wahlkampfauftritt in den Niederlanden: Sozialisten und Sozialdemokraten drohen Verluste

Staatsterror

Türkische Armee foltert und massakriert Bewohner eines kurdischen Dorfes. Von Nick Brauns

Offensive

Polen: Regierungspartei PiS verwirklicht sozialpolitische Versprechen und erhöht Militäretat

Genosse der »Gosse«

Martin Schulz will SPD aus dem Tief holen, ohne das Kapital anzugreifen. Agenda 2010 soll leicht »korrigiert« werden. **Von Simon Zeise**

Martin Schulz, designierter Kanzlerkandidat der SPD, nutzte den Montag vormittag, um die Lohnabhängigen einzuseifen. In Bielefeld veranstalteten die Sozialdemokraten eine »Arbeitnehmerkonferenz«.

Im Wahlkampfmodus fiel dem bekennenden »Agenda-2010«-Sympathisanten ein, dass soziale Reformen notwendig seien. Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I solle verlängert werden, sagte Schulz dem Boulevardblatt *Bild*. Es war der Genosse der Bosse, Gerhard Schröder, der 2003 Hartz IV auf den Weg gebracht hatte. Schulz ist der Genosse der Gosse, in welche die Partei durch die Agenda 2010 geraten ist. Diese sei »die richtige Antwort auf eine Phase der Stagnation« gewesen, hatte er Anfang Februar erklärt. Am Montag verkündete er mit pastoralem Singsang: »Fehler zu machen ist nicht ehrenrührig. Wichtig ist: Wenn Fehler erkannt werden, müssen sie korrigiert werden.« Die Verringerung von befristeten Arbeitsverhältnissen schreibt sich Schulz auf die Wunschliste. »Darum werden wir die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen, wenn ich nach dem 24. September Bundeskanzler bin.« Wenn jahrzehntelange Beschäftigung nicht zu einer Absicherung im Alter oberhalb der Sozialhilfe reiche, sei die Legitimation der Rentenversicherung in Frage gestellt. »Wir werden deshalb das Rentenniveau stabilisieren«, sprach er. Stellt sich die Frage, auf welchem Niveau? Die SPD wolle eine »angemessene Absicherung«. Weiter wird die Peitsche über den Erwerbslosen geschwungen: »Jeder muss die Möglichkeit bekommen, aus eigener Kraft den Gang zum Jobcenter zu verhindern.« Es gehe



Einmal einseifen gefällig? Martin Schulz geht für die SPD in den Wahlkampf

um den Respekt vor der Lebensleistung eines Menschen. Zuletzt hielt Schulz seine schützende Hand über kämpferische Gewerkschafter: Beschäftigte, die Betriebsratswahlen organisieren, sollen vor dem Rausschmiss bewahrt werden.

Doch das sozialistische Eiland in Bielefeld wurde zerrüttet, denn auf der Konferenz tauchten Arbeiter aus dem Niedriglohnsektor auf. Zeitungszusteller der *Neuen Westfälischen Zeitung*, die zu 100 Prozent der SPD-Medienholding Deutsche Druck und Verlagsgesellschaft gehört, protestierten gegen die Armutspolitik der Partei. Sie würden wegen der geltenden Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn mit

7,23 Euro pro Stunde abgespeist. Die ver.di-Mitglieder demonstrierten vor der Veranstaltung. Sprüche wie »Malochen wie ein Pferd, bezahlt werden wie ein Pony!« waren zu lesen. Betriebsrat Hans-Dietmar Hölscher sagte gegenüber *jW*, was die SPD betreibe, sei »Beschiss im Quadrat«. Schulz habe erklärt, »mehr soziale Gerechtigkeit zu wagen«. In einer Mitteilung erklärten die Gewerkschafter: »Er und die SPD könnten hier und heute in Bielefeld im eigenen Unternehmen damit beginnen.« Ein Tarifvertrag wäre ein Anfang. Seit zwölf Jahren arbeite Hölscher im Betrieb und habe erst einmal eine Lohnerhöhung bekommen.

Die Kovorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht, kommentierte: »Martin Schulz darf mit dem Wunsch großer Teile der Bevölkerung nach einer sozial gerechteren Politik kein falsches Spiel treiben.« Es sei unseriös, wenn er offenlasse, mit wem die SPD koalieren wolle. »Dagegen, dass eine sozialere Politik auch in einer erneuten großen Koalition durchgesetzt werden könnte, sprechen alle Erfahrungen der letzten Jahre.«

Ein Bonmot hob sich Schulz bis zum Schluss auf: »Dass ich die SPD glücklich mache, das macht mich glücklich.« Genug Schaum geschlagen – rasieren, bitte!

Kurze Hoffnung

Kaum vereinbart, wurde der Waffenstillstand für den Donbass schon wieder gebrochen

Der am Wochenende am Rande der Münchener »Sicherheitskonferenz« vereinbarte Waffenstillstand im Donbass ab Montag ist nur teilweise eingehalten worden. In Kiew meldete das Oberkommando einen Rückgang der Kampfaktivität, trotzdem sei ein Soldat getötet worden. Auf seiten der »Volksrepublik Donezk« hieß es, dass der Kommandant einer ukrainischen Raketeninheit »liquidiert« worden sei. Ob es sich um denselben Vorfall handelte, war zunächst nicht klar. Die Wortwahl deutet jedoch darauf hin,

dass die Volkswehr beansprucht, den ukrainischen Offizier gezielt getötet zu haben. Die ukrainische Raketenartillerie ist in den Volksrepubliken wegen des ständigen Beschusses von Wohnvierteln in besonderem Maße verhasst.

Noch am Sonntag hatte die ukrainische Artillerie nach Angaben aus Donezk rund 900 Geschosse auf die Front und das zivile Hinterland abgefeuert. Die Volkswehr beschuldigte die Ukraine zudem, entgegen den Minsker Vereinbarungen weiterhin schwere Waffen wie Panzer in Front-

nähe zu stationieren. Die Kiewer Seite bestätigte dies indirekt durch die Erklärung, angesichts fortdauernder Verletzungen des Waffenstillstands seitens der Volkswehren gebe es keine Grundlage für einen Abzug der schweren Waffen. Durch Artilleriebeschuss wurden am Wochenende – also vor dem offiziellen Start des neuen Waffenstillstands – nahe der Ortschaft Wolnowacha im Frontabschnitt vor Mariupol mehrere Fahrzeuge der ukrainischen Armee zerstört.

In Kiew verschärft sich unterdessen die Sicherheitslage. Schon am Wo-

chenende hatten etwa 1.000 Faschisten, von denen viele bewaffnet waren, demonstriert und versucht, vor dem Gebäude der Präsidentsverwaltung Barrikaden zu errichten. Die Polizei nahm einige von ihnen vorübergehend fest. Die Demonstranten von der »Organisation ukrainischer Nationalisten« forderten, die Wirtschaftsblockade des Donbass zu verschärfen. Für Montagabend waren weitere Kundgebungen angekündigt. Die Behörden zogen im Regierungsviertel mehrere tausend Polizisten und Soldaten zusammen.

Reinhard Lauterbach

Sechs russische Soldaten in Syrien getötet

Moskau. In Syrien sind vier russische Soldaten bei der Explosion eines Sprengsatzes am Straßenrand getötet worden. Die Mine sei ferngezündet worden, als die Soldaten in einem syrischen Militärkonvoi auf dem Weg in die Stadt Homs gewesen seien, berichteten russische Agenturen am Montag unter Bezug auf Angaben der Armee. Diesen Informationen zufolge ereignete sich der Vorfall bereits am Donnerstag vergangener Woche. Zwei weitere russische Soldaten seien bei der Explosion in Zentralsyrien verletzt worden. Der Konvoi sei vom Militärflughafen Tidschas nach Homs unterwegs gewesen. Mit den Opfern des Anschlags stieg die offiziell von Moskau bestätigte Zahl der getöteten russischen Soldaten im Syrien-Einsatz auf 26. (AFP/jW)

Deniz Yücel bleibt länger in Gewahrsam



Berlin. Der Polizeigewahrsam für den *Welt*-Korrespondenten Deniz Yücel ist in der Türkei um eine weitere Woche verlängert worden. Wie die Zeitung am Montag mitteilte, entschied die Staatsanwaltschaft, den Polizeigewahrsam des wegen Terrorverdachts inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten um eine Woche zu verlängern. Yücel hatte sich am vergangenen Dienstag in Istanbul der Polizei zur Befragung gestellt und war in Gewahrsam genommen worden. Dem 43-jährigen wird Datenmissbrauch, Terrorpropaganda und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Seinen Anwälten wurde bisher keine Akteneinsicht gewährt. Laut *Welt* erhielt Yücel nie eine offizielle Vorladung, sondern erfuhr von den Vorwürfen aus der regierungsnahen Zeitung *Sabah*. Bis zum 28. Februar muss Yücel einem Hafttrichter vorgeführt werden, der über eine mögliche Untersuchungshaft entscheidet. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.009 Genossinnen und Genossen (Stand 10.2.2017)
www.jungewelt.de/lpg

